

# SPD demokratischer pressediens

1/XXV/179

23. September 1970

Bayerischer Landtagswahlkampf in Bonn

Der große Absprung des Franz Josef Strauß  
von früheren Positionen

Von Bruno Friedrich  
Vorsitzender des SPD-Bezirktes Franken  
Seite 1 und 2 / 56 Zeilen

CDU/CSU-Zankapfel: Nichtbestimmung

Vorentscheidungen auf dem "Deutschlandtag"  
der "Jungen Union"

Seite 3 und 4 / 64 Zeilen

Die Ostpolitik und die Vertriebenen

Aktuelle Erinnerungen an den Sozialdemokraten  
Wenzel Jaksch

Von Ernst Paul SPD-MdB a.D.  
Geschäftsführender Vorsitzender der Seliger-  
Gemeinde sudetendeutscher Sozialdemokraten

Seite 5 und 6 / 68 Zeilen

Chefredakteur: Dr. E. Eckert  
Verantwortlich für den Inhalt: A. Exler  
5300 Bonn 9, Heussallee 2-10  
Postfach: 9163  
Pressehaus I, Zimmer 217-224  
Telefon: 22 60 37-38  
Telefax: 606 646/696 647  
506546 PFP D

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH  
5300 Bonn - Bad Godesberg  
Kölner Straße 108-112, Telefon: 7 66 11

Bayerischer Landtagswahlkampf in Bonn

Der große Absprung des Franz Josef Strauß von früheren Positionen

Von Bruno Friedrich

Vorsitzender des SPD-Bezirkos Franken

Wenn Franz Josef Strauß, wie beabsichtigt, in der Haushaltsdebatte im Bundeshaus den bayerischen Landtagswahlkampf eröffnen will, dann muß er sich mit einem kühnen Sprung nach vorn von früheren Positionen entfernen.

Noch am 3. Juli hatte Strauß vor dem CSU-Landesparteitag geschworen, daß seine Partei die Ostpolitik in den Mittelpunkt des bayerischen Wahlkampfes rücken würde. Der deutsch-sowjetische Vertrag sei eine Neuauflage des Molotow-Ribbentrop-Paktes und werde mit dem Einmarsch der Sowjets in Deutschland enden.

Strauß hat sich in den letzten Wochen die Wiederholung derartiger Unterstellungen verkniffen. Zwar lebt die CSU, bei freier Busfahrt und freiem Mittagessen, in Bayern allierorts die Vertriebenen zusammenfahren, damit sie über "Verrat" und "Verzichtspolitiker" resolutionieren, doch zur gleichen Zeit hat Strauß den Polen über seinen Stellvertreter Höcherl eine "große Lösung" angeplätselt und sich selbst als Gesprächspartner für Gomulka angeboten. Will Strauß dem polnischen Parteichef die Meinung Guttenbergs vermitteln, daß die Deutschen die Aufgabe haben, das polnische Volk von seiner "Minderheitsregierung" zu befreien? Oder will der CSU-Vorsitzende Herrr. Gomulka mitteilen, er, Strauß, habe die Vertriebenenverbände für die "große Lösung" der CSU gewonnen? Oder will Strauß endlich verkünden, wie die "große Lösung" der CSU aussehen soll? Sicher eine falsche Annahme. Richtig ist, daß Strauß in der CDU/CSU-Fraktion den Anschluß an die neue Barzel-Linie sucht und sich

deshalb in der Ostpolitik auffallend zurückhält. Was ihm ohne Einbusse im Wahlkampf möglich ist, solange sich in Bayern die Vertriebenenverbände von der CSU im Kampf gegen die SPD verheizen lassen.

Der erste Sprung des Franz Josef Strauß wird darin bestehen, daß aus dem "Retter des Vaterlandes" vom 3. Juli 1970 ein "Retter der Freie" werden will. Der in der Tat große Sprung nach vorn ist der des Franz Josef Strauß vom Frühjahr 1969 zu dem des Herbstes 1970. Vom Strauß, der sich 1969 gebrüstet hatte, er werde die deutsche Mark durch Verhinderung der Aufwertung zu retten wissen, zum Strauß, der 1970 auch dann sicher "die Mark gerettet" und "die Preise niedrig gehalten" hätte, wäre die Aufwertung, wie er so lange gewollt, unterblieben. Und welcher Finanzexperte, außer Strauß, ist als Experte schon dieses kühnen Sprunges fähig?

Anders gesagt: Mag der CSU-Vorsitzende noch so gesund aus dem französischen Urlaub zurückgekommen sein, partieller Gedächtnisschwund vor dem hohen Haus in Bonn dürfte sein Schicksal werden. Wenn es darum geht, seine 68er Rolle in der Aufwertungsfrage zu erklären, und wenn es darum geht, die weltweiten Preisprobleme und, im Zusammenhang damit, die Relationen zwischen den westlichen Industrieländern zu sehen. Ein Christlich-Sozialer, vor dem großen Sprung nach vorn, kann sich nicht umsehen. Gilt es doch, wie 1966, "die Gnade der Stunde der Angst" zu nutzen. Ehre wem Ehre gebührt: Darin ist Strauß genial.

Natürlich haben geniale Männer ihre Schwächen. Eine wird offenkundig werden, wenn im Oktober der SPD-Bezirk Franken seine Dokumentation über das Verhältnis der CSU zu den Arbeitnehmern vorlegen wird. Dann weiß jedermann, daß die Sicherheit des Arbeitsplatzes von der CSU so hoch eingeschätzt wird, wie der Wert des CSU-Anzeigensymbols vom 19. September 1970. Dort hat die Sicherheit des Arbeitsplatzes den Rang einer schäbigen, alten, ausgeleerten Konservendose.

CDU/CSU-Zankapfel: Mitbestimmung

Vorentscheidungen auf dem "Deutschlandtag" der "Jungen Union"

Innerhalb der CDU und CSU wird seit geraumer Zeit ein immer heftiger werdender Meinungsstreit über die Frage der Mitbestimmung ausgetragen. Als wichtigste Gruppierungen stehen sich innerhalb beider Parteien, abgesehen von divergierenden Einzelmeinungen, der "Wirtschaftsrat", der "Mittelstandskreis" und die "Sozialausschüsse" gegenüber. "Wirtschaftsrat" und "Mittelstandskreis" unterscheiden sich in ihrer ablehnenden Haltung zur paritätischen Mitbestimmung nur in Nuancierungen voneinander. In jüngster Zeit hat sich auch die "Junge Union" in die Diskussion eingeschaltet, wobei als bemerkenswert herausgehoben werden muß, daß eine starke Gruppierung innerhalb der Parteijüngeren sich in verschiedenen Entschlüssen ebenfalls gegen die paritätische Mitbestimmung ausgesprochen hat. Der zuständige Arbeitskreis hat z.B. einen Antrag zu dem am 25. September in Braunschweig beginnenden "Deutschlandtag" formuliert, dessen wichtigster Teil lautet: "Die sogenannte paritätische Mitbestimmung lehnen wir aus ordnungspolitischen und ökonomischen Gründen ab". Mit diesem Antrag macht sich die "Junge Union" - die Handschrift ihrer Jungen Unternehmer ist unverkennbar - die Auffassung des "Wirtschaftsrates der CDU" weitgehend zu eigen, dessen stellv. Vorsitzender, Dr. h.c. Alwin Münchmeyer als offizieller Sprecher auf dem "Wirtschaftstag der CDU/CSU 1969", so formuliert hatte: "Für mich ist die Frage der paritätischen Mitbestimmung - sofern sie gesetzlich geregelt wird - die akuteste Gefahr des Syndikalismus". Das Protokoll vermerkt dazu: "Starker Beifall".

Daß der zuständige Arbeitsausschuß der "Jungen Union" mit seiner Auffassung nicht allein steht, geht aus Anträgen und Resolutionen verschiedener seiner Landesverbände hervor. So verlangt die "Junge Union" in Bayern, daß "die unternehmerische Entscheidung gegen die Machtansprüche radikaler Gruppen zu schützen" sind. Die Mitbestimmung dürfe nicht als die Einleitung "zur Errichtung eines sozialistischen Regimes in Staat und Wirtschaft mißbraucht" werden. Eine gegenseitige Meinung vertritt die "Junge

Union" Saar, wenn sie u.a. sagt: "In jedem nicht paritätisch besetzten Aufsichtsrat kann von Mitbestimmung nicht die Rede sein". Die "Junge Union" Hamburg und der JU-Landesverband Rheinland sprechen sich ähnlich für die Mitbestimmung aus, wenn sie sich hinter den "Biedenkopf-Bericht" stellen. Die Große Koalition hatte zur Vorklärung des Problems diese Kommission eingesetzt, deren Bericht im wesentlichen zu einer positiven Beurteilung der paritätischen Mitbestimmung kommt.

Auf dem Braunschweiger "Deutschlandtreffen" werden die Meinungen hart aufeinandertreffen und noch ist nicht erkennbar, wie sich die Delegierten letztlich entscheiden werden. Jedenfalls ist festzustellen, daß die Junge Union in dieser Frage ein uneinheitliches Spiegelbild zur Mutterpartei abgibt - und hier überwiegen offensichtlich die konservativen Kräfte. Ob die "Sozialausschüsse" mit dem stellv. Parteivorsitzenden Hans Katzer und dem Hauptgeschäftsführer Bluem, an der Spitze, der sich mehrfach sehr deutlich für die paritätische Mitbestimmung ausgesprochen hat, auf dem kommenden CDU-Parteitag so weit wird durchsetzen können, daß in neuem CDU-Programm die Mitbestimmung verankert wird, scheint sehr fraglich zu sein. Bluem und Katzer stützen sich im wesentlichen auf die Ergebnisse der Biedenkopf-Kommission, doch ist Bluem in der Auslegung dieser Erkenntnisse wesentlich konsequenter. Die Aussage der Kommission, "daß die Eigentümer mehr an der Rentabilität der Unternehmen interessiert seien als die Arbeitnehmer und deshalb stärker repräsentiert sein müßten", läßt Bluem nicht gelten, wenn er dazu meint: "Das ist ein Vorurteil. Wir werden diese Prämisse nicht akzeptieren. Man könne auch davon ausgehen, daß Arbeitnehmer mehr an der langfristigen Prosperität und Sicherung der Arbeitsplätze interessiert seien als zum Beispiel Spekulanten, die ihr Verhalten lediglich am jeweiligen Kurs der Aktien ausrichten. Die CDU muß sich endlich von der Vorstellung befreien, den Besitz als die eigentliche Basis der Wirtschaft zu sehen". Mit diesen Worten ist er gewiß ins Fettnäpfchen konservativer CDU/CSU-Kreise getreten.

Wenn das Braunschweiger "Deutschlandtreffen" der "Jungen Union" auch noch keine gesicherte Vorentscheidung für den CDU-Parteitag vom Frühjahr 1971 treffen kann, so werden doch die Gewichte auf alle Fälle einer solchen Entscheidung näher gerückt werden. Man darf deshalb gespannt sein, wofür sich die junge Generation in der CDU/CSU aussprechen wird.

### Die Ostpolitik und die Vertriebenen

Aktuelle Erinnerungen an den Sozialdemokraten Wenzel Jaksch

Von Ernst Paul SPD-MdB a.D.  
Geschäftsführender Vorsitzender der  
Seliger-Gemeinde sudetendeutscher Sozialdemokraten

Der im November 1966 verstorbene sudetendeutsche Sozialdemokrat Wenzel Jaksch, ehem. Vorsitzender der sudetendeutschen SP, ehem. SPD-MdB und ehem. Vorsitzender des "Bundes der Vertriebenen", besaß die Gabe der politischen Vorausschau. Er hatte auch den Mut, auszusprechen, was er empfand und erforscht hatte.

Als die Demokratie im Deutschen Reich durch Hitler zerschlagen war und in Österreich der Dollfußfaschismus triumphierte, beschäftigte sich Wenzel Jaksch eingehend mit der Frage, wieso es kam, daß auch Arbeiter vom verhängnisvollen Ungeist des überspitzten Nationalismus erfaßt wurden. Das Ergebnis seiner Gedanken und Ermittlungen ist 1936 in dem Buch "Volk und Arbeiter" veröffentlicht worden. Jakschs unorthodoxe Schrift wurde damals nicht sehr beachtet. Gute zwei Jahrzehnte später sind im Godesberger Programm der SPD Gedanken wieder zu finden, die Jaksch vorausgedacht

Als sein Werk "Europas Weg nach Potsdam" vollendet war, fühlte sich Wenzel Jaksch von der Frage der Beziehungen zu Osteuropa gefesselt. Im Deutschen Bundestag war 1961 ein Bericht einstimmig angenommen worden - dieses Dokument erhielt den Namen des Hauptverfassers -, der eine Normalisierung der Beziehungen zu den östlichen Nachbarn ohne Preisgabe lebenswichtiger deutscher Interessen empfahl. Dieser Berichtsbeschluss ist nach wie vor gültig.

Der nächste Akt war die 1965 erschienene Schrift "Osteuropa-Westeuropa-Sowjetunion". Wenzel Jaksch hatte in langen Gesprächen mit Rudolf Lohesch, dem Wirtschaftsexperten und späterem Vorstandsdirektor der VÖST in Linz, seine Grundgedanken erörtert. Wiederum hatte Jaksch eine grundlegende politische Vorschau geleistet. Es ist von großem Interesse, nachzulesen, welche Kenntnisse Jaksch niedergelegt hatte und welche Empfehlungen er gab. Wir führen einige Zitate an.

Im Vorwort zur 1966 erschienenen zweiten Auflage ist der be-

zeichnende Satz zu lesen: "Beharrlichkeit in der Verfolgung strategischer Ziele ist geradezu ein Privileg totalitärer Machthaber, während die Staatskunst der Demokratien ihre tragenden Gesichtspunkte vielfach von Wahl zu Wahl revidiert". An anderer Stelle der Studie sagte Jaksch: "Der Eiserne Vorhang kann nach menschlichem Ermessen weder durch die militärische Stärke des Westens überwunden werden noch durch ein Nachlassen seiner militärischen Bereitschaft". Und weiter: "So bleibt nur die Wahl zwischen einem Immobilismus dahinsiechender Hoffnungen übrig und dem Einsatz konstruktiver Ideen, in denen sich eine neue Aktionsbereitschaft des Westens ausdrückt. Im freien Teil Deutschlands sollte uns diese Wahl nicht schwerfallen."

Diese Zitate, denen viele hinzugefügt werden könnten, dürften genügen. Wenzel Jaksch, der Mann "konstruktiver Ideen", zögerte nicht, auch konkrete Vorschläge zu machen. Der typische Politiker Jaksch hatte sich auf das Gebiet der Wirtschaft begeben. Die Pipelines vom Osten nach dem Westen sind ebenso darunter wie die Wasserwege und die Autobahnen vom Westen nach Osten ein Instrument der Politik. Der sudetendeutsche Sozialdemokrat war sich dessen bewußt, daß keine politische Lösung gefunden werden könne, die nicht mit der wirtschaftlichen Entwicklung im Einklang stehe. Wenn er mit wirtschaftlichen Vorschlägen kam, so hoffte er, daß die politischen Konsequenzen nicht ausbleiben werden; er dachte vor allem an die deutsche Wiedervereinigung. Da er aber bereit war, stets neu zu denken - "von Wahl zu Wahl" -, würde Wenzel Jaksch nicht gezögert haben, die Ostpolitik der Bundesregierung zu befürworten.

Es wäre sicher nicht richtig, wenn behauptet würde, daß die Bundesregierung sich in ihrer Ostpolitik von Wenzel Jaksch hat inspirieren lassen. Jaksch ist aber, wie seine Schrift beweist, wieder einmal ein Verreiber gewesen. Sogar aber, die im Bund der Vertriebenen seine Nachfolger sind, sollten sich die Mühe machen, auch jene Sätze von Wenzel Jaksch zu beachten, die ihnen bei der Konstruktion ihrer negativen Ostpolitik nicht angenehm in den Ohren klingen dürften.